

Beschluss

“Mehr Arbeit - Mehr Wettbewerbsfähigkeit - Mehr Zukunft“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW steht für eine ehrliche und an den Notwendigkeiten unseres Landes orientierte Politik. Die schlechte wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage ist Ergebnis eines wachstumsfeindlichen Politik und der dauerhaften Schwächung der Wettbewerbssituation Deutschlands im internationalen Umfeld.

Wir wollen eine grundsätzliche Abkehr von Versorgungs- und Anspruchsmentalitäten und eine Hinwendung zu Leistungs- und Produktivitätstugenden in unserem Land. Nur so können wir wieder wachsen und Menschen in Arbeit bringen. Mehr Arbeit ist nötig, statt immer weniger, um unser Land voran zu bringen.

Deshalb fordert die MIT NRW:

Eine kostenneutrale und flexible sowie für die Beschäftigten verträgliche Ausweitung des durchschnittlichen Arbeitszeitvolumens.

- I. Um **kurzfristig** eine Trendwende einzuleiten müssen Bürger, Tarifpartner und Politik jetzt ein zunächst auf 3 Jahre befristetes **Zukunftsmoratorium für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze** vereinbaren.

Dies bedeutet in einem ersten Schritt:

- Beamte, Arbeiter und Angestellte arbeiten wöchentlich 2 Stunde länger ohne Lohnausgleich.
- Die Arbeitgeber verpflichten sich, die längeren Arbeitszeiten und die dadurch erreichte höhere Wertschöpfung nicht zum Abbau von Beschäftigung zu mißbrauchen.
- Beamte, Arbeiter und Angestellte verzichten auf einen Urlaubstag im Jahr.
- Politik, Tarifpartner und Unternehmen schaffen schnell und unbürokratisch die Voraussetzung dafür, dass das erhöhte Arbeitsvolumen durch eine flexibilisierte Arbeitszeitpolitik und passgenaue betriebliche

Arbeitszeitmodelle genutzt werden kann, um die Auslastung der Betriebsmittel zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Volkswirtschaft insgesamt zu stärken.

II. Zugleich müssen **mittel- und langfristige Maßnahmen** zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit jetzt auf den Weg gebracht werden:

- Sowohl bei der schulischen als auch bei der beruflichen Ausbildung muss alles unternommen werden, damit das Berufseintrittsalter um durchschnittlich 1 Jahr reduziert wird. Die Ausbildung muss gestrafft, Warteschleifen müssen reduziert werden.
- Das tatsächliche Renteneintrittsalter muss von derzeit durchschnittlich 60 Jahren auf 63 Jahre herangeführt werden.
- In gemeinsamer Anstrengung müssen die Fehlzeiten am Arbeitsplatz deutlich reduziert werden.
- Neuzugänge in den Vorruhestand zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte müssen beendet werden.

Begründung:

Jeder, der arbeitet, hat ein Recht auf ausreichend Urlaub und private Freizeit. Alle gemeinsam haben in der gegenwärtigen Krise aber auch eine Verantwortung, Deutschland wieder zukunftsfähig zu machen. Politik, Wirtschaft, Tarifpartner und die Bürgerinnen und Bürger können dies gemeinsam und ohne finanzielle Einbußen für den Einzelnen erreichen. Die Bürger sind bereit, mehr für die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes zu tun. Sie möchten ein Land, in dem die Menschen gemeinsam etwas länger anpacken. Sie wollen kein Land der immer neuen Steuererhöhungen für immer mehr soziale Probleme durch Arbeitslosigkeit, Insolvenzen und Stagnation.

Die Lage ist ernst

Deutschland befindet sich in einer prekären wirtschaftlichen Lage. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr zum dritten Mal in Folge um weniger als 1

1 Prozent wachsen. Damit befinden wir uns in der längsten Stagnationsphase der
2 Nachkriegszeit.

3
4 • Die **Massenarbeitslosigkeit** hat Deutschland fest im Griff. In diesem Jahr ist von
5 durchschnittlich mindestens 4,5 Millionen registrierten Erwerbssuchenden ohne
6 Beschäftigung auszugehen.

7 • Wachstumsschwäche, sinkende Beschäftigtenzahlen und die demografische
8 Entwicklung setzen unsere **Sozialsysteme** immer stärkeren Belastungen aus.
9 Die Leistungsprogramme werden derzeit nur noch durch Verschuldung zu Lasten
10 künftiger Generationen aufrecht erhalten. Die Erhöhung von Beitragssätzen,
11 Pflichtversicherungs- und Beitragsbemessungsgrenzen treibt die Arbeitskosten
12 und damit die Arbeitslosigkeit weiter nach oben. Ein Prozentpunkt höhere
13 Lohnnebenkosten vernichtet 100.000 Arbeitsplätze.

14 • Die **Staatsquote** in Deutschland steigt stetig und liegt heute bereits bei
15 annähernd 50 Prozent. Die Lage vor allem der kommunalen öffentlichen
16 Haushalte ist dramatisch. Die Erhöhung der Neuverschuldung zeigt, dass der
17 Staat auf Kosten der folgenden Generationen weit über seine Verhältnisse lebt.

18 • Im vergangenen Jahr hat die Zahl der **Unternehmenspleiten** mit 37.700 und
19 einer Steigerung von 16,4 Prozent den höchsten Stand der Nachkriegsgeschichte
20 erreicht. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Experten befürchten in diesem Jahr
21 bis zu 42.000 Unternehmensinsolvenzen.

22 • Die Exportnation Deutschland fällt gegenüber ihren Konkurrenten im
23 internationalen Wettbewerb immer weiter zurück. Unser Anteil am Welthandel ist
24 im letzten Jahrzehnt von 11 auf 8 Prozent gesunken. Laut World Economic
25 Forum rangierte Deutschland bei der **Wettbewerbsfähigkeit** im vergangenen
26 Jahr lediglich auf dem 14. Rang. Durch die fortschreitende Globalisierung und die
27 bevorstehende EU-Osterweiterung erwachsen zugleich neue Konkurrenten.

28
29 Die derzeit diskutierten Reformkonzepte gehen in die richtige Richtung. Dies alles
30 aber reicht nicht aus, um jetzt eine wirkliche Trendumkehr zu erreichen. Selbst wenn
31 alle in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 14. März 2003
32 angekündigten Maßnahmen der so genannten „Agenda 2010“ umgesetzt würden,

1 könnte damit vermutlich gerade einmal 20 Prozent der konjunkturellen und
2 strukturellen Probleme gelöst werden. 80 Prozent der drängenden Aufgaben und
3 Herausforderungen bleiben weiter ungelöst. Durch die Tarifaueinandersetzungen in
4 der ostdeutschen Industrie ist die Diskussion über die Wochen-, Jahres- und
5 Lebensarbeitszeit wieder ins Zentrum gerückt. Nicht durch weniger, nur durch mehr
6 Arbeit kommt Deutschland aus der Krise.

7 **Den Teufelskreis durchbrechen**

8
9 Damit die deutsche Volkswirtschaft nicht zum Sanierungsfall in Europa wird, ist eine
10 gemeinsame Kraftanstrengung aller von Nöten. Dazu bedarf es keiner statischen
11 Einzelmaßnahmen, sondern eines dynamischen Impulses. Das gemeinsame Ziel
12 muss lauten: Rückkehr zum nachhaltigen Wachstumspfad, Zurückgewinnung der
13 internationalen Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiger Abbau der Massenarbeitslosigkeit
14 und Schaffung zukunftsfester sozialer Sicherungssysteme.

15
16 Eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur
17 fokussieren trotz erheblicher Kritik auf nachfrageseitige Impulse, wie etwa die
18 „Beschäftigungspolitischen Vorschläge“ des DGB vom 8. Mai 2003. Durch eine
19 immer größere Neuverschuldung, höhere Staatsquoten und weitere bürokratische
20 staatliche Umverteilungsmechanismen kann der gegenwärtige Teufelskreis jedoch
21 nicht durchbrochen werden.

22
23 Schlüssel für den Weg aus der Krise ist für eine Exportnation wie Deutschland das
24 Wiedererlangen der Wettbewerbsfähigkeit. Entscheidend sind dabei **international**
25 **wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und Arbeitskostenstrukturen**. Die derzeitigen
26 Nachteile in diesem Bereich sind eklatant:

- 27
- 28 • Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ist mit 35,7 (West) bzw. 38,5 (Ost)
29 Stunden eine der niedrigsten im internationalen Vergleich. Dem stehen
30 durchschnittliche Wochenarbeitszeiten von beispielsweise 40 Stunden in den
31 USA oder 40,5 in der Schweiz gegenüber.
 - 32 • Gleiches gilt für die Jahresarbeitszeit. Während in Deutschland durchschnittlich
33 1.467 Stunden im Jahr 2001 gearbeitet wurde, waren es in den Großbritannien
34 1.711 Stunden und in den USA sogar 1.821 Stunden.

- 1 • Kein vergleichbares Land hat so viele bezahlte Urlaubs- und Feiertage wie
2 Deutschland. 13 bezahlten Feiertagen und 30 Tagen bezahltem Jahresurlaub in
3 Deutschland stehen 24,5 Urlaubs- und 9 Feiertage in Großbritannien gegenüber.
4 In den USA gibt es gerade einmal 12 Urlaubs- und 11 Feiertage.
- 5 • Die Fehlzeiten am Arbeitsplatz sind zu hoch. 14,8 Fehltagen pro Person in
6 Deutschland stehen 8,5 Fehltag in Großbritannien und 4,6 Fehltag in den USA
7 gegenüber.
- 8 • Die Zeiten der schulischen, beruflichen und akademischen Ausbildung sind zu
9 lang. Das Durchschnittsalter beim Übergang aus dem Bildungs- ins Erwerbsleben
10 wird insgesamt auf 23 Jahre, bei Akademikern sogar auf 28,5 Jahre geschätzt.
- 11 • Das tatsächliche Renten- bzw. Pensionseintrittsalter ist zu früh. Das gesetzliche
12 Renteneintrittsalter in unserem Land liegt bei 65 Jahren. Dem steht ein
13 tatsächliches Erwerbsaustrittsalter von durchschnittlich 60 Jahren gegenüber. In
14 den USA liegt es tatsächlich bei 65 Jahren.
- 15 • Fazit: Die tatsächliche Lebensarbeitszeit ist zu kurz. Ein durchschnittliches
16 Erwerbsleben in Deutschland hat eine Dauer von rund 37 Jahren, bei
17 Akademikern von nur rund 32 Jahren.
- 18 • Zugleich sind die Arbeitskosten, die Lohnnebenkosten und die Beitragssätze im
19 internationalen Vergleich mit die höchsten, der Standort Deutschland für
20 Investitionen und Produktionsstätten einer der unattraktivsten.

21 Volkswirtschaftliche Untersuchungen zeigen entgegen populärer Vermutungen: Der
22 limitierende Faktor für eine Stärkung unserer Volkswirtschaft ist eindeutig der
23 **Produktionsfaktor Arbeit**. Der Rückgang der pro Kopf der Bevölkerung
24 gearbeiteten Stunden von 900 in den sechziger Jahren auf unter 700 Ende der
25 neunziger Jahre ist der wichtigste Grund für das relativ schwache Wachstum des
26 deutschen Pro-Kopf-Bruttoinlandsproduktes.

27 Die **Tarifauseinandersetzungen in der ostdeutschen Industrie** haben gezeigt,
28 dass immer noch um falsche Rezepte zur Unzeit gerungen wird. Die Einführung der
29 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland hätte Wettbewerbsfähigkeit vernichtet,
30 Wachstumspotenziale verschenkt, Arbeitsplätze zerstört und die dringend
31 notwendige Zukunftsfähigkeit in einer prekären konjunkturellen Lage aufs Spiel
32 gesetzt. Das Gegenteil ist richtig: Deutschland muss vom Osten lernen, statt die

Fehler des Westen dorthin zu exportieren. Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen nur bei verbesserter Wettbewerbsfähigkeit. Keine Maßnahme erhöht die Wettbewerbsfähigkeit stärker als längere Arbeitszeit bei gleichem Lohn.

Kurzfristige volkswirtschaftliche Effekte

Bei einer Erhöhung der jährlichen Arbeitszeit um einen Tag würde das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,3 Prozentpunkte stärker wachsen als in der zugrunde gelegten Basisprognose (0,5 Prozent). Die Lohnstückkosten steigen im Vergleich nur noch um 0,7 statt um 1,0 Prozent an. Lohnzurückhaltung und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit führen dazu, dass im Jahr 2004 16.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Das reale BIP liegt um fast 7 Mrd. Euro höher.

Durch eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um 2 Stunden ab Juli 2003 kann das reale BIP um rund 40 Mrd. Euro höher ausfallen. Damit fällt das Wirtschaftswachstum im Jahr 2003 mit 3 Prozent sechsmal so hoch aus wie in der zugrunde gelegten Basisprognose (0,5 Prozent). Deutschland würde den Stagnationspfad bereits in diesem Jahr verlassen können. Im Jahr 2004 würden bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Waren und Dienstleistungen im Wert von bis zu 100 Mrd. Euro könnten im nächsten Jahr mehr produziert werden. Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2004 wäre dann mit über 3 Prozent fast doppelt so hoch, wie in der Basisprognose (1,6 Prozent). Die Lohnstückkosten würden um gut 1 Prozent sinken. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit würde sich nochmals verbessern, das Ausmaß der Lohnzurückhaltung und damit der Anreiz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wäre in den Folgejahren deutlich höher.

Die bessere Beschäftigungs- und Wachstumsperformance infolge der Arbeitszeitverlängerung wirkt sich positiv auf die Haushaltslage der Gebietskörperschaften aus. Die Erhöhung der jährlichen Arbeitszeit um 1 Tag führt in diesem Jahr zu Steuermehreinnahmen von fast 1,4 Mrd. Euro und im Jahr 2004 von fast 1,6 Mrd. Euro. Die Verlängerung der Wochenarbeitszeit um 2 Stunden ab Juli 2003 schafft in diesem Jahr Mehreinnahmen von 5 - 8 Mrd. Euro und im kommenden Jahr von deutlich mehr als 12 Mrd. Euro.

1 Mit der Erhöhung der jährlichen Arbeitszeit um einen Tag wäre eine Entlastung der
2 Sozialversicherungshaushalte von fast 260 Mio. Euro (0,03 Prozentpunkte des
3 Gesamtversicherungsbeitrags), mit einer Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um
4 2 Stunden eine Entlastung von deutlich mehr als 1 Mrd. Euro (mind. 0,1
5 Prozentpunkte des Gesamtversicherungsbeitrags) im Jahr 2004 verbunden. Auf
6 mittlere Sicht senkt der verminderte Sozialversicherungsbeitrag die
7 Lohnzusatzkosten zusätzlich und verstärkt den positiven Beschäftigungs- und
8 Wachstumseffekt über das Jahr 2004 hinaus.

9
10 Bei dieser Betrachtung sind die langfristig positiven Wachstums-, Beschäftigungs-
11 und fiskalischen Entlastungseffekte durch die mittelfristige Verlängerung der
12 Lebensarbeitszeit noch nicht berücksichtigt. Durch sie kann langfristig
13 Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfestigkeit wieder nachhaltig hergestellt werden.

14
15 *Beschluss:*

16 *Die 7. Landesdelegiertenversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung*
17 *beschließt Antrag A1 des Landesvorstandes ohne Gegenstimmen.*